

2. Landesdelegiertenrat 2010

12. März 2010 in Halle (Saale)



Eingang: **10.03.2010**
Antragsteller/-in: **Undine Kurth, Dorothea Frederking,
Christoph Erdmenger**
Gegenstand: **Resolution Solarförderung**

R-1

5

Der Landesdelegiertenrat möge beschließen:

Kein Ausverkauf der Photovoltaik - Solarförderung weiterführen –

10 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen-Anhalt fordern die Landesregierung
auf, sich zur Nutzung der erneuerbaren Energien zu bekennen und sich gegen
die geplante Absenkung der Einspeisevergütung für Solarstrom einzusetzen.
Die Landesregierung muss sich bei der Bundesregierung dafür einsetzen, dass
15 eine moderate Degressionsregelung getroffen wird, die dem
Solarindustriestandort Sachsen-Anhalts eine faire Chance gibt. Wir fordern
zudem die Bundestagsabgeordneten aus Sachsen-Anhalt, insbesondere von
CDU und FDP, auf, gegen die Regierungsvorlage zu stimmen.

Die Landesregierung muss klarstellen, dass eine zur Jahresmitte greifende
Absenkung der Förderung eine Sondersituation darstellt. Der Zubau im ersten
20 Halbjahr darf deshalb nicht wie vorgesehen zur Berechnung des flexiblen
Degressionsanteils für 2011 herangezogen werden.

Die Landesregierung muss jetzt endlich auch Farbe zum Ausbau der
Photovoltaik im eigenen Bundesland bekennen. Dies würde die Arbeitsplätze
nicht nur in der von Exporten und Weltmarktgeschehen abhängigen Industrie
entstehen lassen, sondern auch im Solarhandwerk. Dazu fordern wir ein
25 Sonderprogramm durch die Investitionsbank Sachsen-Anhalt.

Begründung:

Zusätzlich zu der Senkung von 9 Prozent zu Beginn des Jahres sieht die
schwarz-gelbe Bundesregierung zum 1. Juli 2010 eine außerplanmäßige
30 drastische Kürzung der Einspeisevergütung um insgesamt 16 Prozent für
Solaranlagen auf Dachflächen vor. Der Ausbau in Deutschland wird sich dann
extrem verlangsamen. Das gefährdet auch den Solarstandort Sachsen-Anhalt
– an einem Zusammenbruch dieser Branche kann aber niemand Interesse
haben. Es ist zu befürchten, dass viele der derzeit mehr als 5.000
35 Arbeitsplätze bei der Industrie und den Installationsbetrieben verloren gehen.

Es ist richtig, dass jede Förderung degressiv gestaltet werden muss. Das
bestreiten auch wir Grünen nicht. Wir fordern jedoch, dass die Vergütungen
schrittweise in einem Umfang gesenkt werden, der es den Solarunternehmen
erlaubt, weiterhin am Markt präsent zu sein. Wir gehen davon aus, dass
40 maximal eine Vergütungsabsenkung im einstelligen Prozentbereich
verkräftbar ist. Die Unternehmen und Investoren müssen sich gegen die

befasst:

ja nein

überwiesen an:

LPT LaVo LFG

Abstimmung:

ja: nein: Enthaltung.:

alteingesessenen Monopolisten der Atom- und Kohleunternehmen durchsetzen. Dazu brauchen sie günstige Rahmenbedingungen und Planungssicherheit.

5 Im gesetzlichen Abnahmepreis ist eine von den Verbraucherinnen und Verbrauchern zu zahlende EEG-Umlage enthalten. Dieses Geld ist gut angelegt, denn neben dem Einkauf von sauberem Strom werden dadurch gleichzeitig Kosten für Umwelt- und Klimaschäden und Rohstoffimporte vermieden. Das hat enorme volkswirtschaftliche Vorteile, zugleich erhöhen die dezentralen erneuerbaren Energien die regionale Wertschöpfung.

10 Mit ihrem Vorhaben rüttelt die Bundesregierung am Erneuerbaren Energien Gesetz, das seit 10 Jahren ein Garant für den zügigen Ausbau beim regenerativen Strom ist. Das können wir nicht zulassen. Aus Gründen der Ressourcenverknappung und wegen des Klimaschutzes brauchen wir eine
15 andere Energieversorgung – und das schnell. Wir brauchen stabile Rahmenbedingungen, denen Betreiber von Solarkraftwerken und die Solarunternehmen vertrauen können.

Deutschland darf seine Vorreiterrolle beim Solarstrom nicht verlieren.

Bewerbung als fachpolitischer Sprecher für Migrationspolitik in Sachsen- Anhalt

Name: Razak Minhel

geboren: 16.11.1955

Geburtsort: Bagdad, Irak

Familienstand: verheiratet

Kinder: 1 Tochter

Wohnort: Dessau- Roßlau

Berufsausbildung: Diplom Ingenieur

frühere Tätigkeiten: · 7 Jahre ehrenamtlicher Ausländerbeauftragter
der Stadt Dessau
von 1994-1999 Mitglied im Dessauer Stadtrat/
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
seit 1994 Mitglied im Bündnis 90/ Die Grünen

jetzige Tätigkeit:· Leiter des Multikulturellen Zentrums Dessau e.V.
seit 1993

- Beratung und Betreuung von Migrant/Innen in Dessau- Roßlau und Umgebung
- Träger der Opferberatungsstelle gegen Rechtsextremismus
- Träger der Interkulturellen Gärten
- Träger der Interreligiösen und Interkulturellen Werkstatt

politische Aktivitäten:

- Mitglied im Islamforum in Ostdeutschland
- Mitglied im Bündnis Zuwanderer und Integration des Landes Sachsen- Anhalt
- Mitglied in verschiedenen Netzwerken auf Landesebene und Bundesebene
- Vorsitzender des Irakischen Migrantenrat Mitteldeutschland e.V.
- Mitglied im Runden Tisch gegen Fremdenfeindlichkeit des Landes Sachsen- Anhalt
- Bündnis gegen Rechtsextremismus
- Mitbegründer des Runden Tisches der Religionen in der Stadt Dessau- Roßlau
- Mitglied im Flüchtlingsrat des Landes Sachsen- Anhalt
- Netzwerk der Interkulturellen Gärten

Auszeichnung: 1996 ausgezeichnet mit der Verdienstmedaille des Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland für die erfolgreiche Unterstützung und Integration von Zuwanderern

Hobbys: lesen, vor allem politische Zeitschriften, verreisen

Bewerbung als finanzpolitischer Sprecher

Erich Meyer, KV Salzlandkreis

Hiermit bewerbe ich mich als **finanzpolitischer Sprecher** des Landesverbandes Sachsen-Anhalt.

Seit 1994 bin ich Mitglied des KV Schönebeck (jetzt KV Salzlandkreis). Neben meiner langjährigen Mitarbeit und Leitung der LFG Bildung und auch in den Jahren der Mitgliedschaft im Landesvorstand habe ich auch zu Fragen der Finanzpolitik des Landes Standpunkte erarbeitet. Z.B. auch für die letzten Wahlprogramme unserer Partei.

Auch unsere Partei steht vor der wahrlich gigantischen Aufgabe, politische Antworten auf die Probleme der derzeitigen Unterfinanzierung des Landes und der Gemeinden zu finden und so trotz geringer werdender Ressourcen (z.B. auf Grund der demografischen Entwicklung) die politische Handlungsfähigkeit wieder zu erlangen.

Unsere Partei hat bereits eine Reihe wichtiger finanzpolitische Grundsätze (z.B. „Bildung statt Beton“), an die angeknüpft werden kann. Gleichwohl bedarf es einer Neujustierung der Einnahmen- und Ausgabenpolitik im Land in allen Politikfeldern und des Druckes des Landes auf den Bund (über Bundesratsinitiativen), um zukünftig das Verbrennen von Milliardenbeträgen durch deutsche Banken im globalen Finanzkasino zu verhindern. Nie wieder darf für milliarden schwere hausgemachte Verluste der Banken der Steuerzahler in Haftung genommen werden.

Angesichts der schon langjährig hohen Verschuldung von Bund, Land und Kommunen kombiniert mit den Folgen der größten globalen Finanz- und Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik ist ein Konzept für eine nachhaltige Finanzpolitik wohl ebenso wichtig wie unser gemeinsamer Kampf um nachhaltig-ökologisches Wirtschaften. Die derzeitige Staatsverschuldung ist ein Anschlag auf die Generationengerechtigkeit und eine wesentliche Ursache für die verstärkte Umverteilung von unten nach oben.

Wie schwierig und widersprüchlich sich finanzpolitische Planungen landespolitisch darstellen, konnte ich in der Enquetekommission des Landtages „Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Personalentwicklung im öffentlichen Dienst des Landes Sachsen-Anhalt“ beobachten, wo ich gelegentlich in meiner Eigenschaft als Personalrat des MS teilnahm. Darüber hinaus bin ich beruflich in Fragen der Haushaltsführung und des Haushaltsrechtes involviert. Diese Erfahrungen könnte ich bei Bedarf in unsere Programmarbeit einbringen.

erich.meyer@gruene.de

Vorschlag Gründung einer LFG "Forschung und Technologie" (Arbeitstitel)

Gerrit Albrecht (KV Magdeburg)

Aktueller Stand: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben erkennbare Defizite in der Pressearbeit und Meinungsbildung zu aktuellen IT- und technologieorientierten Themen im Land und sogar auf Bundesebene. Grund sind fehlende Interessen an speziellen Themen, insbesondere im IT-Bereich. Dennoch ist Diskussionsbedarf zu vielen Themen erkennbar.

Grüne äußern sich derzeit leider nur gelegentlich und eigentlich nicht zeitnah. Wir sind auf diese Ereignisse - selbst auf Bundesebene - i.d.R. nicht vorbereitet. Es muss nur die Zeitung aufgeschlagen und irgendein aktuelles IT-Projekt genommen werden. Wenn andere Parteien Projekte einstampfen wollen und pauschal kritisieren, dann müssen wir schnell eine qualitativ hochwertige Antwort mit frischen Ideen entgegen setzen.

Eine Landesfachgruppe "Forschung und Technologie" gibt es derzeit noch nicht und auch die früher existierende, gleichnamige BAG ist in der BAG "Wissenschafts-, Hochschul- & Technologiepolitik" aufgegangen. Schaut man sich die Themenliste auf bag-wht.de an, scheint auch auf Bundesebene keine Technologiepolitik - abseits der Arbeit einzelner Grüner - bearbeitet zu werden. Das alles führte zu Defiziten in der Bearbeitung entsprechender Themen, obwohl Grüne durchaus auch über Fachwissen in diesen Gebieten verfügen. Sie können mangels Arbeitsgruppen und aufgrund fehlender Meinungsbildung jedoch nicht in der Presse wahrgenommen werden. Das soll sich ändern. Es ist nicht geplant, dass sich diese LFG in Wissenschafts- und Hochschulpolitik einmischt, gleichwohl erscheint mir eine Teilnahme an der BAG WHT sinnvoll zu sein. Die neue LFG soll die aktuelle politische Entwicklung begleiten und Antworten auf sich daraus ergebende Fragen finden und zeitnah in der Pressearbeit nutzen.

Es könnten bspw. Fragestellungen zu folgenden Themen bearbeitet werden: Forschung, Technologie, IT, eGovernment, De-Mail, Sichere Verschlüsselung, Digitale Signatur, Begleitung der D115-Einführung (Pilot Magdeburg), Elektronischer Personalausweis (ePA), Elektronische Identitäten (eID), Datenschutz, aktuell laufende Reformen zur BDSG-Reform, Selbstschutz, Systemdatenschutz, Neue IT-Grundrechte (GR auf informationelle Selbstbestimmung, GR auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme), Internet der Dinge, RFID, Online-Durchsuchung, Vorratsdatenspeicherung, Open-Source-Software, ELENA, Möglichkeiten neuer Medien (3D-Technologien für milit. Zwecke), Cloud Computing, IMSI-Catcher, IT-Sicherheit, CyberWar, E-Democracy und E-Participation, Bürgerbeteiligungen, Wahlcomputer, Kryptografie-Einsatz im Alltag, Elektronische Gesundheitskarte (eGK), Elektronischer Pass (ePass), eCard-API-basierte Dienste, Internetseiten, Barrierefreiheit und Standardkonformität, Google, Webtracker, Definition von Rahmenbedingungen für Technologieeinsatz (SegWays, Gyrokooper, autonom agierende bzw. videoferngesteuerte Robotersysteme, ...), Elektronische Fahrerlaubnisprüfung, Grüne Chemie, Bioinformatik, Objektorientierte Gentechnik mit automatisierten Verfahren, Gentechnik für grüne Einsatzzwecke (z.B. Schadstofferkennung), DIY-Biologie, Elektronik (StandBy-Schaltungen), Standardisierung in der IT, Kostenreduzierung bei IT-Fachverfahren, ggf. auch Unterstützung der LGS bei IT-Fragen, Interessenswahrnehmung in Software- und Hardware-Entwicklung im Unternehmen (intelligente Elektronik, Standby-Schaltungen).

Gem. § 12 Abs. 2 Satzung LV ST sind zur Gründung einer LFG mind. 5 Gruppenmitglieder aus mehreren Kreisverbänden erforderlich. Aus diesem Grund werden noch mind. 4 MitstreiterInnen gesucht.